



## Suchergebnisse: Regierung Scheidemann

### 15. Februar 1919 – USPD-Kritik am Regierungsprogramm

Weimar \* In seiner Stellungnahme zum Programm der Regierung Scheidemann erklärt Hugo Haase [USPD]: „Was diesem Programm fehlt, das ist auch der kleinste Tropfen sozialistischen Öles“.

### 22. März 1919 – Die Regierung Scheidemann befasst sich mit der Kriegsschuldfrage

Weimar \* Die Regierung Scheidemann setzt sich auf Drängen des Reichspräsidenten Friedrich Ebert mit der Kriegsschuldfrage auseinander.

### 18. April 1919 – Die Kautsky-Dokumente zur Kriegsschuldfrage werden nicht veröffentlicht

Weimar \* Dem Kabinett Scheidemann liegt die Dokumentensammlung zur Kriegsschuldfrage vor. Diese wurde im November 1918 an Karl Kautsky von der USPD in Auftrag gegeben. Die Dokumente belegen, dass die deutsche Reichsregierung im Juli 1914 Österreich-Ungarn zum Krieg gegen Serbien gedrängt hat und damit die Hauptverantwortung für den Ausbruch des Ersten Weltkriegs trägt. Nach ausführlichen Beratungen empfiehlt Reichsministerpräsident Philipp Scheidemann von der Veröffentlichung der Kautsky-Dokumente vorerst Abstand zu nehmen.

### 8. Mai 1919 – Protest gegen die Versailler Friedensbedingungen

Weimar - Deutsches Reich \* Nachdem in Deutschland zu den Versailler Friedensbedingungen ein Sturm der Entrüstung ausgelöst wurde, veröffentlichen der Reichspräsident Friedrich Ebert und die Reichsregierung einen „Aufruf an das deutsche Volk“. Darin spricht man von einem „Friedensvorschlag der Vergewaltigung“. Dem deutschen Volk wird „Gewalt ohne Maß und Grenzen“ angetan. Aus einem solchen „aufgezwungenen Frieden müsste neuer Hass zwischen den Völkern und im Verlauf der Geschichte neues Morden erwachsen“.